

Gemeinderat – öffentlich vom 10.04.2018
1) TOP Bürgerfragen

Keine.

2) TOP 1-035/18 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefasster Beschlüsse

Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 20. März 2018 gefassten Beschlüsse wurden bekannt gegeben.

3) TOP 1-022/18 Umstrukturierung des DV-Verbundes/ Fusion der Zweckverbände

Herr Schuhbauer von der KIRU und Herr Sachgebietsleiter Zeller (Mitglied des Organisationsbeirates bei KIRU) sind anwesend.

Herr Schuhbauer erläutert anhand einer Präsentation die Fusionsabsichten einschließlich Vorteilen, Synergieeffekten und wirtschaftlichen Zielsetzungen. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Stadtrat Vetter: Er hoffe, dass mit der Fusion keine Entlassungen von Personal einhergingen.

Herr Schuhbauer: Es werde keine fusionsbedingten Kündigungen gegeben. Allerdings würden Einzelgespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt werden, die kurz vor dem Ruhestand stehen würden.

Herr Stadtrat Blaurock: Immer größere Organisationseinheiten seien nicht immer die besseren. Er vermisse Informationen über den Gesamtumsatz der fusionierenden Unternehmen. Außerdem sei in der Vorlage nicht erwähnt, ob durch die Fusion die Datensicherheit gewährleistet sei.

Herr Schuhbauer: Nach der Fusion verfüge der Gesamt-Zweckverband über ca. 1.600 Mitarbeiter. KIRU habe aktuell ca. 400 Mitarbeiter. Der Umsatz würde sich auf ca. 200 Millionen Euro pro Jahr belaufen.

Das Innenministerium Baden-Württemberg habe eine sehr umfangreiche Sitzungsvorlage verlangt.

Datenschutzprobleme im kommunalen Umfeld habe es aufgrund des geschützten Netzes in den letzten Jahren nicht gegeben.

Zwar würde die Fusionen zunächst zu einem Personalabbau im Verwaltungsbereich führen. Er gehe davon aus, dass anschließend aufgrund gesteigerter Anforderungen an den Zweckverband wieder mit Personalmehrungen gerechnet werden müsse.

Herr Stadtrat Kuttruff: ITEOS versorge die Kommunen mit Dienstleistungen. Er frage sich, was der Begriff "Drittmarkt" bedeute.

Herr Schuhbauer: "Drittmarkt" sei ein mögliches künftiges Engagement des Gesamt-Zweckverbandes im öffentlichen Sektor außerhalb Baden-Württembergs.

Herr Bürgermeister Kaiser: Das vorgelegte Fusionskonzept entspreche dem Wunsch der kommunalen Spitzenverbände. Die Effizienz der Fusion werde sich in Zukunft spürbar auswirken.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen 1 und 2 wird zugestimmt.

(28 Ja, 5 Enthaltungen)

4) TOP 4-055/18 Karlstraße 46 / Rück- und Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses - Bauvoranfrage

Herr Oberbürgermeister Pauly führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert, dass vor der Gemeinderatssitzung um 18:00 Uhr ein Ortstermin in der Karlstraße 46 stattgefunden habe.

Dem Gremium liegt, auf der Leinwand visuell dargestellt, ein modifizierter Lageplan vor. Dieser ist als Anlage 1 dem Protokoll zu diesem Tagesordnungspunkt beigelegt. Maßgebliche Anpassungen gegenüber der ursprünglichen Bauvoranfrage sind der Gebäudevorsprung Nord von 2,5 Metern und der Gebäudevorsprung Süd von 2,0 Metern + Balkone.

Herr Oberbürgermeister Pauly: Der Bauausschuss habe eine Beschlussfassung hinsichtlich der Bauvoranfrage in der letzten Sitzung vertagt. Vorliegend handele es sich um einen unbeplanten Innenbereich. Einschlägig seien deshalb die Regelung des § 34 Baugesetzbuch. Maßgeblich sei ein Einfügen der Art und dem Maße nach. Das Einfügen sei keine Ermessensentscheidung. Wenn dies gewährleistet sei, habe der Bauherr einen Anspruch auf positive Bescheidung.

Die Gemeinde habe aber die Planungshoheit inne. Heute seien zwei Dinge zu diskutieren bzw. zu beschließen: zunächst, ob sich das Bauvorhaben der Art und dem Maße nach in die nähere Umgebung einfüge. Die Verwaltung sei überzeugt, dass dies, nachdem geänderte Unterlagen eingereicht worden seien und diese heute die Diskussionsgrundlage bilden würden, gewährleistet sei.

Des Weiteren müsse ein Meinungsbild gefasst werden, ob für den Bereich der Karlstraße 46 und die weitere Umgebung ein Bebauungsplan aufgestellt werden solle. Ebenso könnte nach dem Aufstellungsbeschluss eine Veränderungssperre verfügt werden. In rechtlicher Hinsicht müsste der Planaufstellungsbeschluss samt gegebenenfalls Veränderungssperre bis zum 08.05.2018 gefasst werden.

Herr Stadtrat Dr. Wagner: Er erkundige sich, wie lange der Bauherr an der Umsetzung seiner Planungsabsichten gehindert wäre, sollte der Gemeinderat einen Planaufstellungsbeschluss fassen.

Herr Bürgermeister Kaiser: Es sei mit der üblichen Dauer eines Bebauungsplanverfahrens zu rechnen. Ein Aufstellungsbeschluss hinsichtlich eines Bebauungsplans wäre aus seiner Sicht aktuell nicht zielführend.

Herr Stadtrat Hall: Er erkundige sich, ob die eingereichte oder die geänderte Bauvoranfrage heutige Diskussionsgrundlage sei.

Herr Oberbürgermeister Pauly: Diskutiert und beschlussgefasst werden solle über die geänderte Bauvoranfrage. Er möchte aber betonen, dass der Bauherr gegebenenfalls auch aus seinem ursprünglich eingereichten Antrag Rechte gegenüber der Stadt ableiten könne.

Herr Stadtrat Hall: Der Bauherr und sein Architekt seien im Zuschauerraum anwesend.

Herr Oberbürgermeister Pauly erkundigt sich bei den Stadträten, ob grundsätzliche Bedenken bestehen würden, dass sich der Bauherr zu seinem Bauvorhaben äußert. Seitens des Gremiums gibt es keine Einwände.

Herr Honer, Antragsteller der Bauvoranfrage zum Gebäude Karlstraße 46: Die Verwaltung habe beim Ortstermin die Planungsabsichten der Bauherrschaft gut vorgetragen. Aus seiner Sicht müsse im Bereich um die Karlstraße 46 etwas geschehen. Wenn man etwas bewirken wolle, brauche man dafür auch entsprechende Flächen. Wirtschaftliche Optimierung und innerstädtische Verdichtung seien selbstverständlich auch wichtige Themen seines Bauvorhabens. Sein Ziel sei, im Bereich der Karlstraße 46 ein adäquates Bauvorhaben zu verwirklichen. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Reduzierungen sind vertretbar, weil sie ein Minimum an Wohnfläche ermöglichen, das für die Rentabilität eines solchen Vorhabens erforderlich ist.

Herr Bunse: Aus seiner Sicht sollte die Idee der Zufahrt einer Tiefgarage zum Gebäude 46 über die Haldenstraße weiterverfolgt werden. Dafür werde zeitnah ein Gespräch mit dem Grundstückseigentümer stattfinden. Das sei auch für eine eventuelle Erweiterung der Tiefgarage nach Osten relevant. Eine Tiefgaragenzufahrt über die Karlstraße könne er sich nicht vorstellen. Zudem würde ihn interessieren, ob aus Sicht der Verwaltung das Bebauungsverfahren aktuell Vorteile mit sich bringen würde, weil die Verkaufs- bzw. Bebauungsinteressen noch ungeklärt seien.

Herr Stadtrat Hall: Er danke für die guten Erläuterungen vor Ort. Der Gemeinderat freue sich, wenn jemand sich dieses städtebaulichen Themas annehme. Ein Bauvorhaben in der Karlstraße 46 sei ein schönes Startprojekt. Vorliegend gehe es aber um mehr. Sein Vorschlag und Antrag der CDU-Fraktion sei, die Bauvoranfrage mit den modifizierten Randbedingungen laut geänderter Bauvoranfrage zu genehmigen, trotzdem aber den Bereich um die Karlstraße 46 zu überplanen. Mit einem Bebauungsplan sollte gezeigt werden, was dort grundsätzlich städtebaulich möglich sei. Dies sei wichtig für Investoren, die momentan investieren wollten. Hinsichtlich der Karlstraße 46 sollte die Tiefgarage so geplant werden, dass sie an der Grenze gebaut werde. Nicht vorstellen könne er sich eine Tiefgaragenzufahrt über die Karlstraße. Dies wäre nur mit einem Absenker vorstellbar. Der Vorsprung des Gebäudes zur Karlstraße hin sei aus seiner Sicht vertretbar.

Herr Stadtrat Dr. Wagner: Die FDP-Fraktion schließe sich den Ausführungen von Stadtrat Hall an.

Herr Stadtrat Vetter: Die Bauvoranfrage sollte positiv beschieden werden, einschließlich der von der Verwaltung dargestellten Modifikationen. Außerhalb dieses Verfahrens sollte aber für den vorliegenden Bereich ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Frau Stadträtin Dr. Jarsumbek: In der Sitzung des Bauausschusses habe die GUB-Fraktion ihre Bedenken gegen die ursprüngliche Bauvoranfrage schon vorgetragen. Die modifizierte Darstellung sei deutlich besser. Sie favorisiere zudem eine gesamthafte Überplanung des Bereiches. Diese könnte auch einen Anreiz für weitere Investoren darstellen.

Herr Stadtrat Greiner: Er plädiere für die Verschiebung des gesamten Baukörpers nach Süden.

Herr Oberbürgermeister Pauly: Diese Anregung nehme er für weitere Gespräche mit der Bauherrschaft auf.

Herr Stadtrat Greiner: Gerade weil die Gemeinde die Planungshoheit habe, könnten in Gesprächen mit der Bauherrschaft entsprechende Vorstellungen der Gemeinde einfließen. Es sei für die Bauherrschaft nicht nachteilhaft, wenn bei gleichem Volumen ein etwas nach Süden verschobener Baukörper errichtet werden würde, um die Flucht des fünfstöckigen Nachbargebäudes aufzugreifen.

Herr Bunse: Er habe keine Bedenken, wenn ein Gebäudeversatz um zwei Meter nach Norden zugelassen werde, um eine städtebauliche Abgrenzung der Fassaden zu betonen, deren unterschiedliche Bauzeiten ohnehin einen Gestaltungsbruch verursachen werden. Bei einer Verschiebung nach Süden gebe es darüber hinaus Probleme mit den Grenzabständen.

Beschluss: Der modifizierten Bauvoranfrage entsprechend dem vor Ort aufgebauten Stangengerüst und den modifizierten Planunterlagen entsprechend Anlage 1 zu diesem Protokoll wird zugestimmt.

(31 Ja, 2 Enthaltungen)

5) TOP 1-033/18 Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH - Weisungsbeschlüsse für 2017, 2018 und 2019

Herr Geschäftsführer Schlereth und Herr Wirtschaftsprüfer Hengstler sind zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage ein. Nachdem bei der Fraktions-sprechersitzung am 09.04.2018 zum Thema bereits diskutiert worden sei, übergebe er das Wort unmittelbar an Herrn Stadtrat Blaurock, welcher einige Fragen zum Wirtschaftsplan habe und bitte ihn um Darstellung der aus seiner Sicht vorliegenden Unstimmigkeiten.

Herr Stadtrat Blaurock stellt mehrere Fragen zum Wirtschaftsplan 2019, in der Sitzungsvorlage als Anlage 3 dargestellt. Er nimmt insbesondere Bezug auf das Investitionsprogramm 2018–2022 und die dort dargestellten Einzelmaßnahmen. Ebenso stellt er Vergleiche zum letztjährig aufgestellten Wirtschaftsplan 2018 auf und stellt die entsprechenden Unterschiede dar.

Im Verlauf der Diskussion geht es im Wesentlichen um den Zuschuss an die Firma "Total", die Towerelektronik, die Erneuerung der Zaunanlage, das Unimog-Fahrzeug, das Wetterinformationssystem und die Grundsanie rung der Arbeitshalle.

Des Weiteren stellt er Fragen zur Abschreibung und zum Schuldenstand der Flugplatz GmbH im Verhältnis zur Zinsentwicklung.

Herr Schlereth und Herr Hengstler beantworten die Fragen von Herrn Stadtrat Blaurock. Herr Schlereth hebt hervor, dass aufgrund dynamischer Entwicklungen manche Investitionen verschoben oder durch andere ersetzt werden müssten.

Herr Hengstler erläutert die Gründe für die Stetigkeit und Unveränderbarkeit des Wirtschaftsplans, dessen Bestand die Parameter aus dem Jahr 2016 gewesen seien.

Herr Stadtrat Kuttruff: Ziel sei aus seiner Sicht, künftig über strategische Ziele der Flugplatz GmbH zu sprechen.

Herr Oberbürgermeister Pauly: Er verweise auf die relativ geringen Zuschüsse, die im Jahr 2018 geleistet werden müssten. Im Gegenzug profitiere die Stadt und die Region stark vom Flugplatz Donaueschingen. Er appelliere an ein Grundvertrauen an die Geschäftsführung.

Herr Stadtrat Kuttruff: Diese Ziele sollten durch den Gemeinderat positiv begleitet werden, damit die richtige Finanzierungsstruktur der Flugplatz GmbH erzielt werden könnte.

Herr Stadtrat Dr. Wagner: Geschäftsführer Schlereth verwalte die ihm zur Verfügung gestellten Mittel, letztlich habe aber der Aufsichtsrat die Entscheidungskompetenz innerhalb der GmbH.

Herr Oberbürgermeister Pauly: Die Entscheidungskompetenz liege maßgeblich bei der Gesellschafterversammlung. Dieser werde er anregen, die Gesellschaftsanteile zu erhöhen.

Frau Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie würde es begrüßen, wenn künftig die Kämmerei eine Plausibilitätskontrolle hinsichtlich der von der Flugplatz GmbH vorgelegten Zahlen durchführen würde.

Herr Oberbürgermeister Pauly: Diese Anregungen werde aufgenommen.

Herr Stadtrat Blaurock: Er bitte künftig um eine Vorab-Aufklärung, warum es zu Änderungen innerhalb des Wirtschaftsplans gekommen sei.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

(30 Ja, 3 Enthaltungen)

6) TOP 2-008/18 Sportzentrum Haberfeld - Nutzungsgebühren Kunstrasenplatz

Beschluss:

Den Nutzungskosten für den Kunstrasenplatz des SSC Donau-
eschingen wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 4-038/18 Kanalsanierungen / Liner 2018 - Vergabe

Beschluss: Den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags wird zugestimmt.
(einstimmig)

8) TOP 4-050/18 Abwasserdruckleitung Aufen - Donaueschingen / Neubau - Vergabe

Dem Gemeinderat liegt die Tischvorlage Nr. 4 -062/18 vor.

Beschluss: Den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags wird zugestimmt.
(einstimmig)

9) TOP 4-056/18 Abwasserpumpwerk Hubertshofen / Sanierung - außerplanmäßige Ausgabe

Herr Stadtrat Christian Kaiser ist befangen. Er rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt weder beratend noch beschließend an diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Finanzierung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**10) TOP 4-053/18 Gewerbegebiet Breitelen Strangen / Robert-Gerwig-Straße -
Vergabe Deckenbelagsarbeiten**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 4-048/18 Eigenkontrollverordnung / Kanaluntersuchung 2018 - Vergabe

Herr Stadtrat Greiner ist befangen. Er rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt weder beratend noch beschließend an diesem Tagesordnungspunkt teil.

Den Gemeinderat liegt die Tischvorlage Nr. 4 -063/18 vor.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.
(einstimmig)

12) TOP 4-054/18 Eigenbetrieb Wasserversorgung / Rohrnetzunterhaltung Tief- und Straßenbau 2018/2019 - Aufhebung Gemeinderatsbeschluss und erneute Vergabe Jahresarbeiten

Herr Kottmann erläutert dem Gremium die Umstände, welche zur Nicht-Verlängerung der Bindungsfrist durch die Firma Behringer geführt haben.

Frau Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie möchte wissen, wann die Bindungsfrist der Firma Vetter ende.

Herr Kottmann: Diese sei ebenfalls bereits abgelaufen. Die Firma Vetter habe aber angekündigt, sich an das abgegebene Angebot gebunden zu fühlen.

Beschluss: Den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags wird zugestimmt.
(einstimmig)

13) TOP 4-049/18 Haydnstraße / Donaueschingen - Vergabe Straßenausbau und Erdarbeiten für Wasserversorgung

Dem Gemeinderat liegt die Tischvorlage 4-058/18 vor.

Beschluss: Den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags wird zugestimmt.
(einstimmig)

14) TOP 4-052/18 Kindergarten Pfohren / Unterhaltsreinigung - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

(einstimmig)

15) TOP 4-051/18 Technische Dienste / Neubau Streuguthalle - Vergabe Holzbauarbeiten

Dem Gemeinderat liegt die Tischvorlage Nr. 4-061/18 vor.

Herr Stadtrat Kaiser: Er erkundige sich über Referenzen der Firma Holten GmbH & Co. KG, Brannenburg.

Herr Bunse: Die Firma habe entsprechende Erfahrungen und verschiedenen Projekte der Verwaltung vorgestellt.

Herr Stadtrat Durler: Er erkundige sich über den Konstruktionsaufwand.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.
(einstimmig)

16) TOP 4-057/18 Technische Dienste / Motorgeräteträger mit Pritsche - Vergabe

Beschluss: Den Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlags wird zugestimmt.
(einstimmig)

17) TOP 1-037/18 LKW-Kartell - Sachstandsbericht Erteilung einer Bevollmächtigung zur Klageerhebung

Herr Butsch erläutert dem Gremium den Sachstandsbericht zum LKW-Kartell und stellt die wesentlichen Gesichtspunkte dar, die zur Klageerhebung gegen MAN und Daimler führen könnten, vor.

Herr Stadtrat Christian Kaiser: Die Bruttolistenpreise seien oftmals anders als die real gezahlten Preise.

Oberbürgermeister Pauly: Der der Stadt entstandene Schaden sei gutachterlich durch die Firma Lademann bemessen worden.

Beschluss:

1. Der aktuelle Sachstand wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die städtischen Ansprüche auf dem Klageweg geltend zu machen, sollte eine vertretbare außergerichtliche Einigung der Firmen Daimler Benz und MAN nicht möglich sein.

(einstimmig)

18) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Zweiter Oberbürgermeister Stellvertreter

Herr Oberbürgermeister Pauly: Der Zweite Oberbürgermeister Stellvertreter, Stadtrat Roland Erndle, habe ihm mitgeteilt, die Oberbürgermeister-Stellvertretung abgeben zu wollen.

Als Nachfolger habe die FDP-Fraktion Herrn Stadtrat Nico Reith nominiert.

Er lobe das Engagement vom zweiten Oberbürgermeister Stellvertreter Roland Erndle.

Diese Meinung wird durch das Gremium durch Applaus unterstützt.

Ausstellung von Herrn Professor Emil Kiess in Meersburg

Herr Oberbürgermeister Pauly: Er verweise auf die aktuelle Ausstellung von Herrn Prof. Emil Kiess in Meersburg.

Auf Frage von Stadtrat Dr. Wagner: Da die Gemeinderatsinformationsfahrt nach Tübingen bereits geplant und organisiert sei, könne die diesjährige Informationsfahrt nicht nach Meersburg führen.

Neue städtische Facebookseite

Herr Oberbürgermeister Pauly übergibt Herrn Haller das Wort, der Ausführungen zur neu entworfenen städtischen Facebookseite macht.

Bau Grüninger Mehrzweckhalle

Stadtrat Hall: Die Stadt Bad Dürkheim habe für den Bau der Halle in Oberbaldingen einen ELR-Zuschuss in Höhe von 500.000,00 € erhalten. Dies wolle er insofern festhalten, da der Donaueschinger Gemeinderat die Grüninger Halle ohne Zuschuss bauen werde/wollte.

Skateboardanlage

Herr Stadtrat Roland Erndle: Aufgrund der hohen Frequenz der Skateboardanlage rege er eine Initiative, einen Einsatz und ein Entgegenkommen der Stadt gegenüber den Nutzern an.

Sitzungsunterlagen

Frau Stadträtin Wiemer: Die Gemeinderatssitzungsunterlagen sollten künftig zusätzlich wieder digital an die Stadträte verschickt werden.

Hermann-Fischer-Allee

Frau Stadträtin Wiemer: Sie erkundige sich, warum die Querungshilfe entfernt worden sei.

Herr Bunse: Wegen Einrichtung des Radfahrschutzstreifens habe die Querungshilfe nach entsprechender Beratung in der Verkehrsschau entfernt werden müssen.